



STELLUNGNAHME

DIE VOLLENDUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION UND DER ABBAU VON UNGLEICHGEWICHTEN EIN AUFRUF ZU MEHR DEMOKRATIE

*RAUS AUS DER KRISE – EIN BESSERES
WIRTSCHAFTSMODELL FÜR EUROPA*

Eine Wirtschaftsunion, die für Sie arbeitet

Datum:

30/04/2015



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament

Rue Wiertz 60

B-1047 Bruxelles

T +32 2 284 2111

F +32 2 230 6664

www.socialistsanddemocrats.eu



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
1 Eine unvollendete aufgabe	5
2 Vorschläge für eine demokratische, nachhaltige, kohäsive und wettbewerbsfähige wirtschafts- und währungsunion.....	8
2.1 Eine demokratische offensive	8
2.2 Engere wirtschaftspolitische koordinierung und ein besserer makroökonomischer policy-mix	10
2.3 Eine progressive agenda für umrüstungsinvestitionen und sozial ausgewogene strukturelle reformen	12
2.4 Gemeinsame und grundlegende soziale standards und normen, die eine soziale abwärtsspirale verhindern	14
2.5 EINE UMFASSENDE WWU-FISKALKAPAZITÄT ENTWICKELN.....	16
2.5.1 Ein finanzpolitisches Instrument, um asymmetrische Schocks zu bewältigen	18
2.5.2 Ein neues System, um strukturelle Konvergenz zu fördern.....	20
SCHLUSSFOLGERUNG	20

»Willst du mir wohl sagen, wenn ich bitten darf, welchen Weg ich hier nehmen muss?« »Das hängt zum guten Teil davon ab, wohin du gehen willst,« sagte die Katze
»Es kommt mir nicht darauf an, wohin...« sagte Alice. »Dann kommt es auch nicht darauf an, welchen Weg du nimmst,« sagte die Katze.
»...wenn ich nur irgendwo hinkomme,« fügte Alice als Erklärung hinzu. »O, das wirst du ganz gewiss,« sagte die Katze, »wenn du nur lange genug gehest.«

(Alice's Abenteuer im Wunderland, Lewis Carroll)

VORWORT

In diesem Positionspapier fordert die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament eine grundlegende Überarbeitung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Es trägt dazu bei, zu ermitteln und festzulegen, warum und wie die WWU sich in der näheren und fernerer Zukunft entwickeln sollte.

Der Euro-Raum konnte die wichtigsten Ziele der Europäischen Union im Hinblick auf nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung, sozialen Fortschritt, Zusammenhalt und Stabilität nicht erreichen.

Fehler bei der ursprünglichen Gestaltung der Einheitswährung haben dazu geführt, dass die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise tiefer gehen und länger anhalten. Folgen sind enorme wirtschaftliche Kosten, soziales Leid und politische Spannungen innerhalb der und zwischen den Mitgliedstaaten.

Dieses Positionspapier macht geltend, dass ohne eine tiefgreifende Reform, welche die Vollendung der WWU zum Ziel hat, die Krise nicht überwunden werden kann. Zudem wird es der EU nicht gelingen, den notwendigen Wandel zu einem

demokratischen, nachhaltigen, kohäsiven und wettbewerbsfähigen Wachstumsmodell vorzunehmen. Ohne diesen Wandel wird die EU letztendlich aber nicht imstande sein, in einer zunehmend wettbewerbsorientierten und sich schnell wandelnden Welt ihre demokratischen und sozialen Werte und Normen zu erhalten und zu festigen. Um die Nachhaltigkeit der WWU langfristig zu gewährleisten, sollte der WWU-Reformprozess auch den dynamischen strukturellen Konvergenzprozess der Mitgliedstaaten und -Regionen innerhalb eines integrativen und wettbewerbsfähigen Binnenmarkts wiederaufnehmen.

Diese Reform muss die inhärenten Mängel und Schwachstellen der WWU direkt angehen – durch mutigen und intelligenten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Zu den wichtigsten Vorschlägen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten gehören:

1. ein großer qualitativer Sprung in Bezug auf das demokratische Beschlussfassungssystem,
2. engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die Entwicklung einer WWU-Wirtschaftspolitik, die sich hinsichtlich des gesamten finanzpolitischen Kurses des Euro-Raums auf einen wirklich gemeinsamen Ansatz stützt. Insbesondere muss der Auswirkung der gesamten WWU-Finanzpolitik auf die inländische Nachfrage des Euro-Raums und auf die finanziellen Ressourcen letzterer gebührend Rechnung getragen werden. Dies kann als notwendige Bedingung für einen besseren makroökonomischen Policy-Mix betrachtet werden, und ermöglicht besseres Management der Gesamtnachfrage sowie klare Maßnahmen zur Verringerung von sozialen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten,
3. angemessene Kontrolle der nationalen Leistungsbilanzen, um sowohl auf Defizite als auch auf Überschüsse durch länderspezifische Empfehlungen zu reagieren und so strukturelle Annäherung zu fördern,
4. eine progressive Wachstumsagenda, die wesentlich höhere Investitionen mit sozial ausgewogenen Strukturreformen verbindet,
5. gemeinsame grundlegende soziale Normen und eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, um ein soziales und steuerliches Wettrennen nach unten zwischen den Ländern zu verhindern,
6. eine WWU-Fiskalkapazität mit Eigenmitteln und einer Kreditmöglichkeit, die zwei Hauptziele hat:

- die Bereitstellung eines maßgeschneiderten Instruments, um länderspezifische wirtschaftliche Schocks besser zu dämpfen;
- die Förderung von sozialen Investitionen, um die strukturelle Annäherung der Mitglieder des Euro-Raums während der letzten Phase der Krise wiederherzustellen.

Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten fordert die Präsidenten der Kommission, des Euro-Gipfels, der Euro-Gruppe und der Europäischen Zentralbank auf, einen Bericht über die Vollendung der WWU an den Europäischen Rat

zu richten, in dem sie die großen anstehenden Herausforderungen ansprechen. Der Präsident des Europäischen Parlaments soll daran umfassend beteiligt sein. Dieser Bericht der Fünf Präsidenten soll einen umfassenden und auf lange Sicht hin angelegten Fahrplan für die schrittweise Vollendung der WWU liefern – mit präzisen Vorschlägen für kurzfristigere Reformen und langfristige Änderungen, einschließlich solcher, die eine Reform der bestehenden Verträge erfordern.

Sie fordert zudem den Europäischen Rat auf, sich für die Überarbeitung der bestehenden WWU zu einem demokratischen Prozess zu verpflichten, wie im Positionspapier beschrieben. Sie wird in den kommenden Monaten keine Mühen scheuen, um diese ehrgeizige und notwendige Reformagenda voranzutreiben.

1 EINE UNVOLLENDETE AUFGABE

Die EU hat mit einer Realität zu kämpfen, die nicht geleugnet werden kann – bisher hat die Wirtschafts- und Währungsunion nicht die Hauptziele des Vertrags über die Europäische Union erreicht: nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum und Preisstabilität, mit Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt und wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt.

Durch die Krise war dies besonders stark zu spüren.

Nachdem das ursprüngliche Europäische Konjunkturprogramm von 2008-2009 durch einen Policy-Mix aus Sparkurs und innerer Abwertung ersetzt worden war, traf ab 2011 eine zweite Rezession den Großteil des Euro-Raums, Jugendarbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit stiegen auf noch nie gesehene Höhen an, Löhne und Tarifverhandlungssysteme sind unter großen Druck geraten, einer von vier Europäern

ist dem Risiko von Armut oder sozialer Ausgrenzung ausgesetzt, wobei Frauen am stärksten betroffen sind, Ungleichheiten haben sich verschärft, Gruppen mit niedrigem Einkommen sind wirtschaftlicher Unsicherheit ausgesetzt, Investitionen sind um fast 20 % im Vergleich zur Höhe im Vorfeld der Krise eingebrochen, das Verhältnis der Verschuldung zum BIP hat sich in vielen Ländern verschlechtert und der Euro-Raum steht am Rande der Deflation.

Die internen Unterschiede des Euro-Raums wurden durch die Finanzkrise vergrößert und der Prozess der wirtschaftlichen und sozialen Annäherung, der das europäische Aufbauwerk über Jahrzehnte geprägt hat, wurde umgekehrt.

Dies kommt bereits in ernstzunehmenden politischen Spannungen und Risiken zum Ausdruck, da anti-europäische und extreme politische Kräfte in einigen Mitgliedstaaten an Bedeutung gewinnen.

Leider ist noch nichts von alledem vorbei.

Die leichte Erholung, die hauptsächlich von niedrigen Ölpreisen und expansionistischer Geldpolitik getrieben wird, ist nicht stabil, Deflationsrisiken bestehen weiterhin, Unternehmen und Haushalte haben Schwierigkeiten, alte Schulden zurückzuzahlen, und souveräne Verschuldung/BIP-Verhältnisse werden wahrscheinlich nur sehr langsam sinken, während nationale Steuerpolitik weiterhin stark begrenzt werden wird. Der Euro-Raum ist einem ernststen Risiko der säkularen Stagnation ausgesetzt, bei nominalem Wachstum unter zwei Prozent für fünf bis zehn Jahre. Das Euro-Währungsgebiet könnte solch ein Jahrzehnt japanischer Verhältnisse wahrscheinlich nicht überleben, da die notwendigen Anpassungsprozesse in Krisenländern in einem derartigen Umfeld weitaus länger dauern würden als politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich verkraftbar.

Während der Krise haben die EU und der Euro-Raum enorme wirtschaftliche und soziale Kosten angehäuft, einschließlich zusätzlicher Formen makroökonomischer sowie sozialer und geschlechterspezifischer Ungleichgewichte, die nun umfassend in Angriff genommen werden müssen. Ohne die Vollendung der WWU wird dies nicht möglich sein.

Die Krise hat die strukturellen Mängel im politischen und institutionellen Aufbau des Euro-Raums offengelegt. Diese reichen bis zu den Ursprüngen der WWU in den frühen 1990er-Jahren zurück.

Große Schwachstellen, wie ihre begrenzte demokratische Dimension, die Schwäche der Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik (trotz zunehmend komplexer und rechtsverbindlicher politischer Entscheidungsprozesse) oder das Fehlen einer antizyklischen Steuerkraft, um mit asymmetrischen Schocks fertig zu werden, sind seit vielen Jahren bekannt. Die übermäßige Abhängigkeit von einem übertrieben regelgestützten System hat die Fähigkeit des Euro-Raums, mit der Wirtschaftskrise umzugehen, beschränkt und die Entstehung einer echten und gemeinsamen Politikgestaltung verhindert. In diesem Sinne formulierte der Bericht „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“ der Vier Präsidenten vom Dezember 2012 den Bedarf an einer Banken-, Steuer-, Wirtschafts- und politischen Union. Allerdings haben der Mangel an politischem Willen und das Überwiegen nationaler Darstellungsweisen der Krise des Euro-Raums bis jetzt die Umsetzung einer angemessenen WWU-Reform verhindert.

Als die weltweite Finanzkrise eintrat, war der Euro-Raum nicht gerüstet, um sie effizient zu lösen. Die Staatsschuldenkrise wurde für den Euro-Raum deshalb zur existenziellen Bedrohung.

Regierungen haben Zug um Zug auf die Krise reagiert – durch mehrere WWU-spezifische Initiativen und weitere auf EU-Ebene. Dies führte insbesondere zum Einsatz von Finanzstabilisierungsmechanismen wie dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, zum Europäischen Semester-Prozess, zur Überarbeitung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, zum internationalen Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, zu zwei Verordnungen über Haushaltsüberwachung, zu einem neuen Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten, zur Bankenunion, zur wichtigen kürzlichen Verdeutlichung der inhärenten Flexibilität des SWP, zu einer Reihe von unkonventionellen währungspolitischen Maßnahmen der EZB oder zum neu vorgeschlagenen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI).

Diese Änderungen müssen nun durch mehrere größere Reformen der Arbeitsweise der WWU vervollständigt werden – bezüglich der Weise, auf die Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden, mit welchen Instrumenten, und gemäß welchen Regeln und politischen Grundsätzen. Der Euro-Raum muss nun, ein für alle Mal, von punktuellen Instrumenten und in der Not geschaffenen Mitteln zu einem strukturellen

und kohärenten institutionellen Rahmen, der über angemessene Mittel und demokratische Legitimität verfügt, übergehen.

2 VORSCHLÄGE FÜR EINE DEMOKRATISCHE, NACHHALTIGE, KOHÄSIVE UND WETTBEWERBSFÄHIGE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Um grundlegende Vertragsziele zu verwirklichen, muss die WWU ihre Architektur und ihr Governance-System wie folgt reformieren:

2.1 Eine demokratische offensive

Mehr Demokratie auf europäischer Ebene:

- ✓ Neben der notwendigen vertraglichen Änderung sollten das Europäische Parlament und der Rat zusammen über die im Jahreswachstumsbericht und in den Integrierten Leitlinien für Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik enthaltenen strategischen Empfehlungen entscheiden. Diese sollten in einem Paket jährlicher Strategievorschläge zusammengefasst werden
- ✓ Bis dies erreicht ist, sollte bis Ende 2015 eine Interinstitutionelle Vereinbarung über Verbesserte soziökonomischen Governance geschlossen werden, um schnell die parlamentarische Legitimität und Kontrolle zu stärken
- ✓ Die Rolle der Kommission und der Euro-Gruppe der Finanzminister sollte gestärkt werden. Sie sollten zudem ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament besser nachkommen
- ✓ Der Europäische Stabilitätsmechanismus sollte als Gemeinschaftsinstrument anerkannt werden, das Entscheidungsverfahren in Übereinstimmung mit europäischen demokratischen Grundsätzen anwendet. Er sollte dann auch in den Vertrag aufgenommen werden

Mehr Demokratie auf nationaler Ebene:

- ✓ Die Länderberichte der Kommission sollten in den nationalen Parlamenten gründlich erörtert werden

✓ Nationale Reformprogramme und Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sollten von allen nationalen Parlamenten erörtert, geändert und angenommen werden

Eine stärkere europäische und nationale demokratische Dimension ist unabdingbar, um robuste politische Legitimität der WWU-Politikgestaltung zu gewährleisten. Der momentane Ansatz zur Entscheidungsfindung ist, in seiner jetzigen Form, nicht praktikabel und wird letztendlich das politische Überleben des Euro-Raums gefährden. Außerdem ist es ohne demokratische Fortschritte nicht denkbar, neue WWU-Instrumente zu entwickeln und Governance-Prozesse zu vertiefen. Stärkere demokratische Legitimität ist auch unabkömmlich, um die Effizienz der Umsetzung politischer Maßnahmen vor Ort zu stärken, vor allem in Hinsicht auf Strukturreformen. Neue Institutionen, vor allem auf parlamentarischer Ebene, sind dafür jedoch nicht notwendig. Es sollte aber unter anderem dadurch vereinfacht werden, dass alle Mitgliedstaaten WWU-Mitglieder werden können, wenn sie sich rechtlich verpflichten, innerhalb eines präzisen und transparenten Zeitplans beizutreten.

Die Koordinierung der WWU-Politik sollte in der Zukunft während des gesamten Europäischen Semester-Prozesses demokratisch legitimiert sein:

1. Der Jahreswachstumsbericht der Kommission sollte zu Beginn des Semesters gemeinsam mit den Integrierten Leitlinien für Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik vorgelegt werden. Dieses EU-weite Maßnahmenpaket konzentriert sich auf nationale Reformprogramme und schafft eine Grundlage für länderspezifische Empfehlungen. Es kann auf europäischer Ebene nur durch das Mitentscheidungsverfahren vollständig legitimiert werden, da dieses
2. sowohl das Europäische Parlament als auch den Rat in gleicher Weise beteiligt. Allerdings erfordert dies eine Änderung des Vertrages; deshalb kann es derzeit nicht realisiert werden. Daher sollten die drei europäischen Institutionen sich ohne Verzug über eine Interinstitutionelle Vereinbarung über Verbesserte soziökonomische Governance einigen, insbesondere um die gebührende Anerkennung der politischen Ansichten des Parlaments in Bezug auf das Jahreswachstumsbericht/Integrierte Leitlinien-Paket zu gewährleisten.
3. Auch auf nationaler Ebene muss starke zusätzliche demokratische Legitimität geschaffen werden. Alle nationalen Regierungen sollten sicherstellen, dass ihr Nationales Reformprogramm und ihr Stabilitäts- und Konvergenzprogramm gebührend und gemäß den entsprechenden nationalen Verfahren von ihrem nationalen Parlament erörtert, geändert und angenommen werden. Die

Länderberichte der Kommission sollten auch eingehend mit nationalen Parlamenten und Sozialpartnern besprochen werden, bevor die Kommission länderspezifische Empfehlungen vorschlägt.

4. -Im Rahmen der bestehenden Verträge sollte die Rolle der Kommission gestärkt werden; dabei sollten interinstitutionelle Prozesse in der Euro-Gruppe gestrafft werden. Somit soll der zuständige EU-Kommissar mit einer zentraleren und formaleren Rolle in dieser Gruppe ausgestattet werden, zum Beispiel als Koordinator der Euro-Gruppe neben dem Präsident der Euro-Gruppe. Gleichzeitig sollte für beide gegenüber dem Europäischen Parlament uneingeschränkte Rechenschaftspflicht bestehen. Diese Elemente sollten in der obengenannten Interinstitutionellen Vereinbarung festgelegt werden.

Nicht zuletzt sollte der Europäische Stabilitätsmechanismus wieder Teil des normativen Rahmens der EU und später in den Vertrag aufgenommen werden. Das bedeutet auch, dass seine Entscheidungsverfahren im Sinne der demokratischen Grundsätze der EU umstrukturiert werden sollten, wie im Fall der Europäischen Zentralbank.

Über die parlamentarische Dimension hinaus sollte die Demokratie innerhalb der WWU durch besseren sozialen Dialog über Probleme des Euro-Raums weiter gestärkt werden, wie in Ziffer 2.4 ausgeführt.

2.2 Engere wirtschaftspolitische koordinierung und ein besserer makroökonomischer policy-mix

- ✓ Durch einen nachfragebestimmten makroökonomischen Policy-Mix die Krise überwinden und Deflationsrisiken angehen
- ✓ Ein Jahresziel für den aggregierten finanzpolitischen Kurs des Euro-Raums, das dem währungspolitischen Kurs der EZB sowie der wirtschaftlichen Situation im Euro-Raums insgesamt und in dessen nationalen Volkswirtschaften voll Rechnung trägt, um tiefere wirtschaftliche Koordinierung und korrekte makroökonomische Beiträge aller Mitgliedstaaten zum gemeinsamen Wachstum herbeizuführen
- ✓ Effizientere und umfassende Anwendung des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht, vor allem, um die aktuell überhöhten Defizite und Überschüsse mit gleicher Entschiedenheit anzugehen

✓ Stabilitäts- und wachstumsorientiertes Schuldenmanagement im Euro-Raum, das sich auf langfristige Nachhaltigkeit konzentriert

Im makroökonomischen Policy-Mix des Euro-Raums sind Änderungen notwendig, um kurzfristig den Aufschwung zu stärken und eine Deflation zu vermeiden. Insbesondere ist die Binnennachfrage weiterhin schwach, wie die Inflation von nahezu null und die hohe

Arbeitslosigkeit zeigen. Mangelnde Nachfrage hängt mit der Zunahme der Ungleichheiten beim Einkommen und der Verringerung des Lohnanteils an der Gesamtproduktion in den letzten zwei Jahrzehnten sowie mit der wesentlichen Schwächung nationaler automatischer Stabilisatoren seit 2010 zusammen. Die Nachfrage könnte deshalb durch eine progressivere Steuerpolitik (mit günstigerer Behandlung der unteren Einkommensgruppen) und durch kontinuierliche Lohnerhöhungen in Ländern mit hohem Überschuss angeregt werden, um das Vertrauen der Verbraucher zu stärken.

Die Gesamtnachfrage und die Verringerung sozialer und geschlechtsspezifischer Ungleichheiten sollte als vierte Säule zum „Tugend-Dreieck“ hinzukommen, das aus finanzpolitischer Verantwortung, strukturellen Reformen und Investitionen besteht, wie der Jahreswachstumsbericht der Kommission für 2015 hervorhebt. Daraus folgt, dass der Jahreswachstumsbericht und die relevanten länderspezifischen Empfehlungen auch eine geschlechterspezifische Dimension umfassen sollten.

Zudem muss die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, wie auch im Bericht des Parlaments von 2015 über die Überprüfung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Governance hervorgehoben, weiter vertieft werden, um sicherzustellen, dass alle Länder des Euro-Raums einen Beitrag zur makroökonomischen Anpassung und Annäherung leisten, einschließlich derer, die größeren finanzpolitischen Spielraum haben und es sich angesichts ihrer extrem niedrigen Fremdkapitalkosten erlauben könnten, eine expansivere Finanzpolitik zu betreiben. Deshalb sollte die Kommission in ihren jährlichen Empfehlungen für den Euro-Raum ein Ziel für den aggregierten finanzpolitischen Kurs und die länderspezifische Zusammensetzung des Euro-Währungsgebiets vorschlagen, das von der Euro-Gruppe zu diskutieren und vom Rat und vom Europäischen Parlament gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren anzunehmen ist.

Engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik geht über Steuerpolitik und Nachfragemanagement hinaus. Die Finanzkrise hängt eng mit nicht nachhaltigen makroökonomischen Ungleichgewichten innerhalb des Euro-Raums zusammen, insbesondere zu hohe Sparquoten und spekulative Investitionen. Deshalb müssen sowohl nationale Leistungsbilanzdefizite als auch -überschüsse genau überwacht und mit der gleichen Gewissenhaftigkeit behandelt werden. Abhilfemaßnahmen müssen auf beiden Seiten in den länderspezifischen Empfehlungen formuliert werden.

Ein besserer makroökonomischer Policy-Mix ist nicht ohne einen neuen Konzept für stabilitäts- und wachstumsorientiertes Schuldenmanagement des Euro-Raums zu erreichen. Dieses muss sich auf langfristige Nachhaltigkeit konzentrieren und gleichzeitig Risiken in moralischer Hinsicht vermeiden. Zunächst erfordert dies günstigere makroökonomische Rahmenbedingungen durch höheres Wachstum, begrenzte Inflation und finanzielle Stabilität, die zu tiefstmöglichen Zinssätzen führen. Hier muss die EZB eine wesentliche Rolle spielen. Innerhalb eines solchen Rahmens könnte ein neues Schuldenmanagementkonzept Folgendes umfassen:

1. eine europäische Finanzierungseinrichtung für große Investitionen, die den Prioritäten der EU und der WWU entsprechen,
2. ein konjunktursensitiveres Konzept für die Entschuldung als das derzeit im Fiskalpakt festgelegte (Schuldenregel), welches die Möglichkeit für die Vergabe kurzfristiger Kredite einschließen könnte,
3. eine begrenzte und genau vorgegebene Rückzahlung einiger bestehender öffentlicher Schulden, um an einem solchen Rückkaufprogramm auf ordnungsgemäße Weise teilzunehmen, könnten die Mitgliedstaaten im Rahmen ihres nationalen Stabilitäts- und Wachstumsprogramms einem „Schuldentragfähigkeitsplan“ zustimmen.

2.3 Eine progressive agenda für umrüstungsinvestitionen und sozial ausgewogene strukturelle reformen

- ✓ Eine nachhaltige Umrüstungsinvestitionsstrategie für Innovation, Wachstum und Arbeitsplätze
- ✓ Eine progressive strukturelle Reformagenda in Verbindung mit Investitionen im Rahmen einer gestärkten Strategie Europa 2020 und eines integrativen und wettbewerbsfähigen Binnenmarkts

Um stärkeres und wirklich nachhaltiges Wachstum durch Schließung der Produktionslücke und Schaffung von Arbeitsplätzen in hoher Zahl und Qualität in den künftigen Jahren zu fördern, müssen die EU und die WWU eine nachhaltige und transformative Investitionsstrategie auf europäischer und nationaler Ebene entwickeln.

Der bevorstehende Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) sowie die kürzliche Mitteilung der Kommission zu dem Thema, wie die in den bestehenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts enthaltene Flexibilität am besten genutzt werden kann, stellen einen Schritt in die richtige Richtung dar.

Allerdings werden diese Lösungsansätze alleine Europas Investitionslücke nicht schließen. Die in den kommenden Jahren notwendigen Investitionen werden auf etwa 1,5 Bio. EUR bis 2020 geschätzt, insbesondere für Infrastruktur und Netzwerksysteme in den Bereichen Verkehr, Energie und Breitband, um Europas Wirtschaft auf ein neues nachhaltiges und wettbewerbsfähiges Wachstumsmodell zu verlagern. Erhebliche zusätzliche Investitionen werden in diesem Zusammenhang notwendig sein, vor allem auf dem Gebiet Bildung, Berufsbildung und Systeme für lebenslanges Lernen, einschließlich digitaler Kompetenzen und neuer Wachstumsgebiete. Derart hohe Investitionen zu erreichen wird eine deutliche und nachhaltige Steigerung sowohl der privaten als auch der öffentlichen Investitionen in guten und schlechten wirtschaftlichen Zeiten vonnöten machen, also über die momentane Kapazität des EFSI hinaus. Dies sollte auf WWU- und europäischer Ebene besser koordiniert werden, um die nationalen öffentlichen Investitionsflüsse ausreichend auf europäische Ziele abzustimmen, Synergien zu fördern und positive Hebelwirkungen zu nutzen. Über die mittelfristigen Perspektiven hinaus, wie unter Ziffer 2.5 dargelegt, könnte eine Beitragskapazität der WWU, einschließlich einer Fiskalkapazität, europäische Investitionen ergänzen, zusätzlich zum oder integriert in einen weit entwickelten EFSI.

Die vorgesehene Halbzeitbilanz der Strategie Europa 2020 sollte zum Vollendungsprozess der WWU beitragen, indem sie den Fokus wieder auf strukturelle Reformen von der Senkung der Arbeitskosten bis hin zur Wettbewerbsfähigkeit lenkt, auf der Grundlage von Faktoren wie Innovation, Ressourceneffizienz, nachhaltiger Reindustrialisierung, einem gut funktionierenden Binnenmarkt und sozialem Zusammenhalt. Sie sollte auch den Zusammenhang zwischen wachstumsfördernden Strukturreformen und Investitionen hervorheben. Die Kernziele von Europa 2020 sollten im Jahr 2015 erneut bestätigt und durch den nächsten Jahreswachstumsbericht



DIE VOLLENDUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION UND DER ABBAU VON UNGLEICHGEWICHTEN

und die integrierten Leitlinien operationalisiert werden. Die nationalen Reformprogramme 2016 sollten ihrerseits klar festlegen, durch welche Reformen und durch welche Haushaltsmittel jedes der nationalen Ziele der Strategie Europa 2020 erreicht werden soll.

Eine progressivere, sozial ausgewogene Agenda für Strukturreformen sollte Maßnahmen umfassen wie etwa einen umgreifenden Wandel des Steuerwesens weg von Arbeitskraft zu Wohlstand und Umweltbelastung; bessere Beschäftigung und Sozialpolitik, die Menschen – einschließlich Frauen – hilft, produktiv an der Wirtschaft und der Gesellschaft teilzuhaben, Steuerumgehung durch deutlich höhere Transparenz zu bekämpfen, insbesondere, indem sichergestellt wird, dass die Steuerpolitik und die Zusammenarbeit der Steuerbehörden voll in Einklang mit dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit stehen; Strategien für innovative und nachhaltige Reindustrialisierung und Verbesserungen des Bildungs- und Weiterbildungssystems, insbesondere in neuen Wachstumsgebieten wie dem digitalen Binnenmarkt. Reformen sollten die Förderung breiter angelegter Umgestaltung im Hinblick auf ein voll tragfähiges neues Wachstumsmodell anstreben. Sowohl bessere Wettbewerbsfähigkeit für nachhaltiges Wachstum als auch soziale Aufstiegschancen, Kohäsion und Fairness sollten dabei angesteuert werden. All diese Reformen müssen von ausreichend hohen Investitionen begleitet werden.

2.4 Gemeinsame und grundlegende soziale standards und normen, die eine soziale abwärtsspirale verhindern

- ✓ Eine makrosoziale Strategie für die Vollendung der makroökonomischen Strategie des Euro-Raums
- ✓ WWU-weite soziale Minimumstandards und -normen
- ✓ Eine Soziale Euro-Gruppe auf Ministerebene
- ✓ Verbessertes europäischer sozialer Dialog

Eine nachhaltige Wirtschafts- und Währungsunion erfordert Verfahren und Instrumente, die den sozialen Zusammenhalt erhalten können. Gesamtwirtschaftspolitische Strategien müssen durch makrosoziale Strategien ergänzt werden, um exzessive soziale Ungleichheiten innerhalb und zwischen den WWU-Ländern zu verhindern und Ziele von Wachstum und öffentlichen Finanzen besser mit



DIE VOLLENDUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION UND DER ABBAU VON UNGLEICHGEWICHTEN

Zielen in den Bereichen Beschäftigung, Einkommen und soziale Gerechtigkeit zu verknüpfen.

Selbstverständlich muss dies durch ausreichend starke gemeinsame soziale Standards und Normen in einem gut funktionierenden Binnenmarkt untermauert werden; insbesondere, um inneren Abwertungsprozessen Grenzen zu setzen, wenn Kostensenkungen nötig sind, und um das Risiko von sozialem Dumping auszuschließen. Letzteres ist eine schädliche Quelle des Sozialabbaus in den Mitgliedstaaten und führt zu einer sozialen Abwärtsspirale im gesamten Euro-Raum. Ein grundlegendes Paket gemeinsamer Kernarbeitsnormen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Mindesteinkommenssysteme und nationale Parkette für gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne, sowie Schutzstandards bei Arbeitslosigkeit sollten in der WWU geschaffen werden.

Zudem sollte die kürzlich gestärkte Beobachtung und Überwachung von Beschäftigung und sozialen Ungleichgewichten und Herausforderungen im Zusammenhang mit der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU in länderspezifischen Empfehlungen angemessen weiterverfolgt werden. Eine Minimalreform würde darin bestehen, die Anzeigetafel der wichtigsten beschäftigungspolitischen und sozialen Indikatoren in dem gemeinsamen Beschäftigungsbericht mit Warnschwellen auszustatten, welche die besorgniserregendsten sozialen Probleme und Entwicklungen betonen, und eine tiefgehende Analyse in den Länderberichten und in den länderspezifischen Empfehlungen, wo diese erklären, wie die erkannten beschäftigungsrelevanten und sozialen Probleme anzugehen sind, auslösen. Die Anzeigetafel sollte auch in geschlechtsdifferenzierter Weise dargestellt werden. Eine weiter fortgeschrittene Reform des bestehenden Verfahrens würde darin bestehen, ein angemessenes Verfahren bei Sozialen Ungleichheiten zu schaffen, gekoppelt mit dem Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht, und eine gesetzlich verankerte makrosoziale

Überwachung einzurichten sowie, soweit möglich, die Anwendung ausgleichender Politikbereiche vorzusehen, sobald Arbeitslosigkeit, Armut oder Ungleichheiten alarmierende Ausmaße annehmen.

Eine solche Verstärkung der sozioökonomischen Governance der WWU könnte auch die Nutzung von Mitteln der Fiskalkapazität der WWU lenken und würde dazu beitragen, sicherzustellen, dass soziale Krisen, die die gesamte Arbeitsweise und das

gesamte Wachstumspotential der WWU untergraben, schnell und effizient bewältigt werden können. In diesem Zusammenhang sollte die Rolle der Sozialwirtschaft – insbesondere als Belastbarkeitsfaktor in schlechten wirtschaftlichen Zeiten – gebührend anerkannt und gefördert werden.

Auf institutioneller Ebene sollte dieser Ansatz zu einer stärkeren Rolle der Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten innerhalb des Euro-Raums – neben der institutionalisierten Euro-Gruppe der Finanzminister – führen, um einen wirklich gemeinsamen und ausgewogenen Beitrag zur Agenda für soziale Wirtschaftspolitik der WWU zu leisten. Regelmäßige Treffen der Minister innerhalb einer Sozialen Euro-Gruppe sollten in der Zukunft zur Norm werden, um Beiträge zu Euro-Gipfeln über makrosoziale Entwicklungen in der WWU zu liefern.

Nicht zuletzt würde diesem neuen Ansatz verbesserter sozialer Dialog auf WWU-Ebene in hohem Maße zugute kommen, einschließlich des Austauschs über Ansichten über Konvergenzen und Divergenzen in Bezug auf Lohn- und Produktivitätsniveaus, wodurch Tarifverhandlungen auf nationaler und subnationaler Ebene mit besseren Informationen ausgestattet würden.

2.5 EINE UMFASSENDE WWU-FISKALKAPAZITÄT ENTWICKELN

- ✓ Ein maßgeschneidertes Instrument, um länderspezifische wirtschaftliche Schocks besser zu dämpfen, wenn nationale automatische Stabilisierungskapazitäten ausgeschöpft sind
- ✓ Eine Europäische Investitionsfazilität
- ✓ Ein neues System, um strukturelle Konvergenz zu fördern

Eine Währungsunion kann nur gestärkt werden, wenn sie auf eine Fiskalkapazität zurückgreifen kann, die ihr ermöglicht, auf effiziente Weise unionsweite wirtschaftspolitische Strategien zu entwickeln, zu finanzieren und umzusetzen und negative wirtschaftliche Schocks zu bekämpfen, die eines ihrer Mitglieder oder die Union insgesamt treffen, insbesondere wenn dies wie im Moment zu einer schweren und langanhaltenden Krise führt, die nationale automatische Stabilisatoren ausschöpft. Private Risikoteilung über Finanzmärkte kann finanzpolitische Schockdämpfer ergänzen, aber nicht ersetzen.

Ganz offensichtlich ist für die WWU-Mitgliedstaaten und für die europäischen Institutionen der Zeitpunkt gekommen, diese Realität zu akzeptieren und entsprechend zu handeln, indem sie eine umfassende Fiskalkapazität entwickeln.

Die wichtigsten Funktionen einer Fiskalkapazität sind:

1. asymmetrische, länderspezifische wirtschaftliche Schocks angehen,
2. symmetrische Schocks, die den gesamten Euro-Raum treffen, angehen,
3. ausreichende Investitionen im Zusammenwirken mit nationalen Investitionsstrategien in einer Weise unterstützen, die ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum fördert,
4. makroökonomische Ungleichgewichte beseitigen und strukturelle Konvergenz ihrer Mitglieder fördern.

Jede dieser Funktionen erfordert spezifische Instrumente und Verfahren, Finanzierungsformen und politische/institutionelle Rahmenbedingungen.

Eine starke symmetrische Schockmanagementkapazität und eine starke Investitionskapazität im gesamten Euro-Raum müssten durch eine öffentliche Kreditaufnahmekapazität gestärkt und durch einen Euro-Raum-Haushalt gesichert werden, der zumindest teilweise durch eigene Mittel finanziert wird. Selbstverständlich würde der Euro-Raum dadurch mit einer selbständigen Kapazität, sein Schicksal in guten und in schlechten Zeiten selbst in die Hand zu nehmen, ausgestattet. Dies muss das eigentliche Ziel der Vollendung der WWU sein. Allerdings ist dies eine tiefgreifende Umwälzung, für die ein bedeutender Durchbruch bei der die WWU betreffenden politischen Integration notwendig wäre.

In gewissem Maße müssen Investitionen nun in der gesamten EU durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und dank flexiblerer und investmentfreundlicher Anwendung der Haushaltsregeln besser geregelt werden. Allerdings könnte über die mittelfristige Planung hinaus eine richtige WWU-Investitionsfazilität als Teil einer richtigen Euro-Raum-Fiskalkapazität entwickelt werden, die durch eigene Mittel und Kreditaufnahme finanziert würde.

Symmetrisches Schockmanagement kann, solange es nicht durch eine gemeinsame Haushaltskapazität finanziert wird, zumindest in der Zukunft durch engere wirtschaftliche Koordinierung, die auf einer wirklich gemeinsamen

wirtschaftspolitischen Strategie und flexiblerer und antizyklischer Anwendung der haushaltspolitischen Vorschriften aufbaut, verbessert werden.

Zunehmende Divergenzen zwischen Mitgliedern des Euro-Raums wirken sich destabilisierend auf den Raum selbst aus und die WWU-Mitglieder können den Wechselkurs nicht als Anpassungsmechanismus verwenden. Die Förderung der strukturellen Konvergenz über den im EU-Haushalt inbegriffenen Struktur- und den Kohäsionsfonds hinaus sollte durch ein finanzpolitisches Instrument ergänzt werden, um asymmetrische Schocks zu bewältigen und im Rahmen eines sozialen Investitionssystems strukturelle Konvergenz und die Durchführung progressiver Reformen zu fördern. Beide Instrumente sollten starker demokratischer Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen.

2.5.1 Ein finanzpolitisches Instrument, um asymmetrische Schocks zu bewältigen

Ein antizyklisches Instrument, dessen Bedeutung schon im Abschlussbericht der Vier Präsidenten im Dezember 2012 klar hervorgehoben wurde, würde WWU-Mitgliedstaaten in Worst-Case-Szenarien schützen und sofortige Stabilität und Vertrauen schaffen. Es kann auf verschiedene Art die teilnehmenden Länder teilweise gegen asymmetrische Schocks absichern – ohne dauerhafte finanzielle Transferleistungen. Mögliche Systeme einer WWU-Wirtschaftsversicherung könnten bei Konjunkturabschwüngen entweder allgemeine oder gezielte Haushaltshilfe liefern, zum Beispiel, um in wichtigen Bereichen öffentliche Investitionen aufrechtzuerhalten. Ein einschlägiger Vorschlag begünstigt ein System, in dem in Zeiten des Konjunkturabschwungs nationale Unterstützungssysteme für Arbeitslose teilweise ergänzt werden (WWU-Arbeitslosenversicherungsplan). In dieser Weise soll ein prozyklischer finanzpolitischer Kurs in dem betroffenen Mitgliedstaat oder in den betroffenen Mitgliedstaaten während eines bestimmten Zeitraums vermieden werden.

Teilnehmende Mitgliedstaaten müssten bestimmte Voraussetzungen erfüllen, da gemeinsame Haushaltsressourcen den nationalen Haushalten zugutekommen. Allerdings sollten diese in vernünftiger Weise im Rahmen des bestehenden Regelwerks festgelegt werden. Neue und eventuell kontraproduktive Verpflichtungen sollten dagegen nicht geschaffen werden. Verschiedene Finanzierungsformen kommen für einen solchen Mechanismus in Betracht – einschließlich durch die weltweite Finanztransaktionssteuer (FTS) erzielte

Einkünfte. Dies führt zu einem Eigenmittelsystem, da der Mechanismus auf diese Weise in finanzieller und politischer Hinsicht höchst effizient wäre. Teilnehmende Mitgliedstaaten sollten auch sicherstellen, dass ihre eigene automatische Stabilisierungskapazität richtig funktioniert.

Dieses Instrument sollte sich auf kurzfristige antizyklische Unterstützung konzentrieren und finanzpolitische Nettotransfers zwischen den Ländern über den gesamten Konjunkturzyklus vermeiden, zum Beispiel durch Rückforderungsmechanismen. Seine Verwendung sollte daher auf außergewöhnliche Umstände beschränkt werden, d. h. wenn trotz ursprünglich solider haushaltspolitischer Positionen in den betroffenen Mitgliedstaaten automatische Stabilisatoren nicht ausreichen, um einen großen wirtschaftlichen Schock zu bewältigen.

Eine entscheidende Vorbedingung für die Entwicklung dieser Kapazität ist die Verbesserung der Koordinierung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten des Euro-Raums, um negativen Steuerwettbewerb zu verhindern; dieser untergräbt nationale Steuerbemessungsgrundlagen und verringert die gesamte Steuererhebungskapazität des Euro-Raums und der EU. Die Mitgliedstaaten sollten sich auf eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) und auf Mindeststeuerbeträge als Grundlage für gemeinsame Regeln und Verfahren im Bereich Steuerwesen einigen. Zudem sollten Steuerentscheide geregelt werden, damit der Nettosteuersatz nach Anwendung der Entscheide nicht unter einen bestimmten Schwellenwert fallen kann.

Das Instrument würde die Rolle der Bankenunion (die noch durch einen Einlagengarantiemechanismus vervollständigt werden muss), des Europäischen Stabilitätsmechanismus und der EZB ergänzen, und die Glaubwürdigkeit der „No-bailout“-Klausel wiederherstellen. Je wirksamer seine Kapazität zu Beginn eines wirtschaftlichen Schocks sein wird, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese anderen finanziellen Hilfsquellen notwendig würden, da eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation von früh an vermieden würde.

2.5.2 Ein neues System, um strukturelle Konvergenz zu fördern

In Anbetracht der Unterschiede zwischen den Länder des Euro-Raums sollte ein neues System im Rahmen des EU-Haushalts entwickelt werden, um strukturelle Konvergenz und mögliches Wachstum zu fördern. Dazu muss eine Kombination gezielter Reformen und Investitionen unterstützt werden. Dies sollte auch helfen, soziale Not am Rande des Euro-Raums anzugehen. Im Ansatz existiert ein derartiges System bereits – die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im Wert von 6 Mrd. EUR. Sie hilft, die Durchführung der Jugendgarantie in

Regionen mit hohen Jugendarbeitslosenquoten zu finanzieren. Diese positive Verfahrensweise sollte gestärkt und in andere wichtige Bereiche ausgedehnt werden, wie Umschulungsangebote für Langzeitarbeitslose, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen oder die Verbesserung nationaler Innovationssysteme. Die Erfahrung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen zeigt, dass solche Instrumente flexibler sein müssen, um effektiv zu sein. Durch dieses

System sollen daher selbst grundlegende öffentliche Ausgaben, die jede fortschrittliche Volkswirtschaft absolut braucht, finanziert werden können – zum Beispiel Lehrergehälter oder medizinische Versorgung.

SCHLUSSFOLGERUNG

Um die Bedürfnisse der ausstehenden Reform des Euro-Raums zu verstehen, muss vor allem die gepaarte Rolle von sowohl zyklischen als auch strukturellen Maßnahmen, wenn es darum geht, nachhaltigen Wohlstand und anhaltende Stabilität im gesamten Euro-Raum zu erreichen, begriffen werden. Dies muss innerhalb einer anhaltenden Dynamik struktureller Konvergenz geschehen. Die WWU wird weder gut aus der Krise hervorgehen noch zukünftige Schocks angemessen bewältigen, wenn sie nur auf eine enge Agenda von Strukturereformen, die von Haushaltszwängen bestimmt ist, zurückgreift. Reformen sind notwendig, und zwar umfassende – sie müssen diese strukturelle Konvergenz, genauso wie Wettbewerbsfähigkeit, vorantreiben. Sie sollten auch durch finanzielle Anreize angeregt werden, um Reformen in Ländern, die sie ernsthaft verwirklichen wollen, zu fördern.



DIE VOLLENDUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION UND DER ABBAU VON UNGLEICHGEWICHTEN

Sie sollten auch durch effizienteres zyklisches Politikmanagement begleitet und unterstützt werden. Der Euro-Raum muss für den schlimmsten Fall mit irgendeinem asymmetrischen Schockdämpfer ausgestattet werden, um maximale Stabilität zu gewährleisten und höchstes Vertrauen in seine Belastbarkeit zu schaffen. Allerdings darf dabei kein dauerhafter Transfermechanismus zwischen den Mitgliedstaaten entstehen; das reibungslose Funktionieren der nationalen automatischen Stabilisatoren als übliche Bewältigungsmethode asymmetrischer Schocks muss gewährleistet werden.

Zudem muss die WWU ihre gemeinsame makroökonomische Steuerungskapazität langfristig verbessern. Besonders wichtig ist dies im Investitionsbereich und hinsichtlich makroökonomischer Ungleichgewichte, welche destabilisierende Defizite und Überschüsse der Mitgliedstaaten in gleicher Weise in Betracht ziehen müssen. Eine gute makroökonomische Politik sollte auch den aggregierten finanzpolitischen Kurs der Region richtig verstehen und nutzen, um richtiges Nachfragemanagement über Konjunkturzyklen hinweg zu gewährleisten.

Wirtschaftliche Kohäsion, Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit können nicht ohne eine starke soziale Dimension erreicht werden. Das Erreichen sozialen Fortschritts innerhalb der und zwischen den Euro-Mitgliedstaaten durch einen gut organisierten Prozess struktureller Konvergenz muss zum politischen Leitgedanken der zukünftigen WWU werden, einschließlich einer bedeutenden Verringerung der Ungleichheiten. Dadurch wird sie wirtschaftlich und politisch robuster. Gemeinsame soziale Standards und eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, um eine soziale und finanzpolitische Abwärtsspirale in den Ländern des Euro-Raums und der EU zu verhindern, sind in dieser Hinsicht von wesentlicher Bedeutung. Dies muss Hand in Hand mit tieferem sozialen Dialog über den Euro-Raum betreffende Probleme gehen.

Stärkere und neu gewichtete wirtschaftspolitische Steuerung muss Schritt für Schritt auf einer umfassenden Fiskalkapazität, die durch Eigenmittel finanziert wird und Geld leihen kann, sowie auf solider demokratischer Legitimität und Kontrolle auf europäischer und nationaler Ebene errichtet werden. Teil dieser Neugestaltung sollte ein neues Konzept des Schuldenmanagements sein, das nach langfristiger Nachhaltigkeit strebt.

Über diese internen Herausforderungen hinaus muss der Euro-Raum auch allgemeine



DIE VOLLENDUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION UND DER ABBAU VON UNGLEICHGEWICHTEN

globale Herausforderungen bewältigen, um den Übergang zu einem neuen Wachstumsmodell zu schaffen und eine gesunde und stabile internationale Währung aufzubauen. Als Währungsgebiet innerhalb der Europäischen Union muss die WWU ihrerseits globale und geostrategische Gleichgewichte beeinflussen, wozu eine einheitliche Außenvertretung in den wichtigsten internationalen Institutionen und Foren notwendig ist.

WWU-Reformen sind jetzt erforderlich. Der politische Kontext erlaubt aber keine umfassende und schnelle Durchführung der gesamten Palette notwendiger Änderungen auf kurze Sicht. Auf bestimmten Gebieten müssen daher unbedingt ehrgeizige Ziele gesteckt und weiterverfolgt werden, die nur Schritt für Schritt erreicht werden können. In dieser Hinsicht müssen die Handlungsmöglichkeiten innerhalb eines von den bestehenden Verträgen vorgegebenen klaren gemeinschaftlichen Rechtsrahmens voll ausgeschöpft werden. Das schließt auch einige Möglichkeiten ein, unterschiedliche Bedürfnisse durch differenzierte Integration auf WWU-Ebene anzugehen, und gleichzeitig offen für Nicht-Euro-Länder zu bleiben. Vereinfachte und ordentliche Vertragsänderungsverfahren sollten am Ende des WWU-Reformzyklus stehen.

Der Europäische Rat muss Lehren aus einer Krise ziehen, die noch nicht bewältigt ist, und selbst das weitere Bestehen des Euro-Raums gefährdet hat. Die Krise ist eine harte wirtschaftliche, soziale und politische Belastungsprobe. Für die Zukunft der WWU ist eine neue Orientierung der politischen Vision und des politischen Engagements notwendig. Der bevorstehende gemeinsame Bericht der Präsidenten sollte diese beflügeln.